



81/2014

Kiel, 22. August 2014

Ostsee-Anrainer-Staaten tagen: Delegation des Landtages reist nach Polen

Kiel (SHL) – Eine sechsköpfige Delegation des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird am morgigen Sonnabend zu der 23. Ostsee-Parlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference/BSPC) nach Polen aufbrechen. Gemeinsam mit rund zweihundert Vertretern nationaler und regionaler Parlamente aus den Anrainerstaaten der Baltischen See tagen die Landtagsabgeordneten von Sonntag bis Dienstag (24. - 26. August) in der Stadt Olsztyn. Schwerpunktthemen der diesjährigen Konferenz sind der Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit sowie Kooperationen im Gesundheits- und Sozialbereich.

Wie der Europaausschuss des Landtages mitteilt, soll auch die unsichere finanzielle Situation des Ostsee-Jugendsekretariats angesprochen werden. Die in Kiel angesiedelte Einrichtung fördert unter dem Dach des Landesjugendrings den Austausch zwischen jungen Menschen in der Ostseeregion. Im vergangenen Jahr wurde das Jugendsekretariat in der Abschlusserklärung der BSPC einvernehmlich als sehr bedeutungsvoll hervorgehoben.

Ziel der jährlich stattfindende Ostsee-Parlamentarierkonferenz ist es, die Identität und die parlamentarische Zusammenarbeit grenzüberschreitend zu stärken – und dabei insbesondere auch die regionale Ebene mit einzubeziehen. Gremien der BSPC sind ein Ständiger Ausschuss, der drei- bis viermal im Jahr zusammentritt und unter anderem für die Umsetzung der auf der Konferenz beschlossenen Resolution zuständig ist, sowie Arbeitsgruppen, die die Funktion von Ausschüssen wahrnehmen.

Aus Deutschland gehören Vertreter des Bundestages, der Landtage Schleswig-Holsteins und Mecklenburg-Vorpommerns sowie der Bremischen Bürgerschaft und der Hamburgischen Bürgerschaft der Konferenz an. Die schleswig-holsteinische Delegation setzt sich in diesem Jahr aus den Landtagsabgeordneten Astrid Damerow (CDU), Bernd Voß (Grüne), Ekkehard Klug (FDP), Angelika Beer (Piraten) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) zusammen. Geleitet wird die Abordnung von Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (SPD).